

Gute Schulen sind die besten Erziehungscamps

Seite -3-

Leseangebot in der Blumenstraße

Seite -4-

Gegen den Strom

Seite -6-

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

1. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

15. Januar 2008

Rosa-Luxemburg-Stiftung nun auch in Sachsen-Anhalt zu Hause

Seit dem 17.12.2007 gibt es nun auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt als parteinahe Stiftung der Partei DIE LINKE.

Aber keine Angst, die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist nicht die Konkurrenz des Bildungsvereins Elbe-Saale, sondern ist der neue Name des Bildungsvereins.

Auf der Mitgliederversammlung am 17.12.2007 haben sich die Mitglieder einstimmig, wenn auch nicht mit leichtem Herzen, entschlossen, dass der Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und Politischer Bildung in Sachsen-Anhalt künftig den Namen Rosa Luxemburgs tragen wird.

Nach fast 15 Jahren Bildungsverein Elbe-Saale musste reiflich überlegt werden, welche Vor- und Nachteile eine solche Namensänderung mit sich bringt. Positiv auf jeden Fall ist, dass mit dem Namen Rosa Luxemburg ein klares politisches Bekenntnis verbunden ist und tiefsinnige Erläuterungen über die Rolle und Bedeutung von Elbe und Saale im Namen eines parteinahen Bildungsvereins künftig wegfallen können. Die Nähe zur Partei DIE LINKE, aber auch zum Stiftungsverbund Rosa Luxemburg, ist nun für alle sichtbar. Ein Wunsch vieler Mitglieder, aber auch der Bundesstiftung

und auch vieler Kooperationspartner, ist nun realisiert worden. Andererseits musste natürlich auch bedacht werden, dass der Bildungsverein seit 1993 Bildungsarbeit geleistet hat und der Name bei Kooperationspartnern bekannt war.

Als Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt knüpfen wir an diese Arbeit an und werden sie hoffentlich noch erfolgreicher fortsetzen. Dank der Unterstützung der Bundesstiftung stehen uns für die Arbeit neben Dirk Rumpf als Geschäftsführer, Dr. Arndt Hopfmann für die politische Arbeit und Gabriele Henschke als Sachbearbeiterin

mit je einer halben Stelle zur Verfügung.

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurde ein siebenköpfiger Vorstand gewählt. In der konstituierenden Sitzung wurde ich zur Vorsitzenden, Harald Jörß zum stellvertretenden Vorsitzenden und Dirk Rumpf zum Schatzmeister gewählt. Zum Vorstand gehören außerdem Rosemarie Hein, Arndt Hopfmann, Hendrik Lange und Viola Schubert-Lehnhardt.

Wir freuen uns auf viele interessante Veranstaltungen und Diskussionen.

Angelika Klein

Ein Parteiprogramm darf kein Märchenbuch sein!

Die neue politische LINKE hat bundesweit viele Erwartungen ausgelöst und neu belebt. Alte und neue politische Forderungen und Grundsätze bekamen mit der Gründung der neuen Partei wieder eine Absenderin bzw. Adressatin, wie man's nimmt. Zwar hat sie auf ihrem Gründungsparteitag erste programmatische Eckpunkte verabschiedet, quasi als kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den so genannten Quellparteien - der WASG und der Linkspartei.PDS. Gleichzeitig wur-

de aber der Auftrag beschlossen, eine neue programmatische Debatte zu führen. Nicht zuletzt die programmatischen Eckpunkte selbst haben eine ganze Reihe von Kontroversen als solche benannt, die es nun gilt, zu diskutieren und letztlich zu entscheiden. Für die alte PDS sind die alt bekannten „Klassiker“ darunter zu finden: die ewig kontrovers diskutierte Frage, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen sich die LINKE ...

weiter auf Seite -2-

an einer Regierungskoalition beteiligen soll. Immer wieder kontrovers wird darüber gestritten, welche Formen von Eigentum geeignet sind, unsere politischen Grundsätze und Vorstellungen in einer modernen Gesellschaft zu realisieren.

Wollen wir die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie oder schränken wir die Verfügungsgewalt der EigentümerInnen ein, binden wir sie an soziale und ökologische Regeln?

Welche Folgen hat das für das Verhalten von InvestorInnen, auf die auch die linke Finanz- und Steuerpolitik angewiesen ist, denn was ausgegeben werden soll, muss auch erwirtschaftet werden?

Wie verhalten wir uns in bereits bestehenden bzw. ausgebrochenen kriegerischen Auseinandersetzungen, die eines unmittelbaren Konfliktmanagements bedürfen?

Wie sehen unsere Interventionsstrategien konkret aus?

Wollen wir auch künftig die soziale Sicherheit an die Teilnahme an Erwerbsarbeit binden oder entscheiden wir uns für ein bedingungsloses Grundeinkommen, was jeder und jedem zur Verfügung steht, unabhängig davon, ob sie oder er arbeitet oder eben nicht. Einiges spricht dafür, einiges dagegen - ich selbst bin mir noch gänzlich uneins über diese Frage, finde aber bereits die Diskussion darüber höchst spannend und gewinnbringend für politische Urteilsfähigkeit.

Wo setzen wir die Höhe des existenzsichernden Einkommens an?

Wie finanzieren wir diese Leistungen?

Was erwarten wir von einem Staat, was wollen wir dagegen als aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger selber in die Hand nehmen und gestalten?

Aber es geht bei weitem nicht nur um die Kontroversen unter uns. Es geht auch um mehr, nämlich darum, welches Weltbild wir mit unserem neuen Programm vermitteln: eines, was, wie im Märchen die Welt lediglich in Gut (Unten) und Böse (Oben) teilt, das Gute in der Regel zum Sieger erklärt und mit einfachen und platten (vermeintlichen) Losungen und Lösungen daher kommt - vergleichbar der Achse des Bösen und des Guten im geistigen Horizont des derzeitigen amerikanischen Präsidenten - oder eines, was dem komplizierten Geflecht von ganz unterschiedlichen AkteurInnen und Zusammenhängen Rechnung trägt, was sich mit ganz verschiedenen Interessenskollisionen und -koalitionen auseinandersetzt, was einkalkuliert, dass es Risiken und ungewollte Nebenwirkungen im politischen Geschehen gibt. Mit anderen Worten: das Niveau der hiesigen Boulevardpresse, in der der Wahrheitsgehalt einer Überschrift lediglich durch deren Buchstabengröße untermauert ist, sollte für eine linke programmatische Debatte verzichtbar sein. Es gibt keine einfachen Lösungen und auch keine widerspruchsfreie Gesellschaft. Wir sollten also erst gar nicht versuchen, unseiner solche zusammenzuschreiben.

Eine solche programmatische Debatte - noch dazu in einer neu entstandenen Partei - ist anstrengend. Aber sie bringt auch geistigen Wandel und Innovationen mit sich, ver-

bunden mit neuen Einsichten, sie schärft das Profil unserer Partei, macht sie für ganz unterschiedliche Milieus und Gruppen interessant. Das politische Programm einer Partei kann kein Märchenbuch sein. Wir würden unsere Glaubwürdigkeit in den Erwartungen vieler Menschen mittel- und langfristiger riskieren, wenn wir lediglich Illusionen oder nur oberflächliche Forderungen darin sammeln würden, von denen jede und jeder bereits ahnt, dass sie nicht bis zu Ende gedacht sind, dass sie Risiken und Nebenwirkungen verschweigen oder aber selbst bei alleiniger politischer Verantwortung nicht umsetzbar wären - ganz davon abgesehen, dass auch die absolute Mehrheit für eine linke Partei nicht eben eine demokratische Bereicherung wäre. Letztlich brächte nämlich auch das politischen Stillstand und die Gefahr der Selbstzufriedenheit statt geistiger Erneuerung. Ehrliche Politik täuscht sich und andere nicht über die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Eine Nummer kleiner wird unsere Aufgabe nicht zu machen und nicht zu haben sein. In meiner Erinnerung muss es Lenin gewesen sein, der herausfand: Die Beulen am Helm eines Sozialisten stammen nicht alle vom „Klassenfeind“. Und das ist gut so, wenigstens wenn man es nicht ganz so wörtlich dabei nimmt. Kontroversen sind deshalb sehr wichtig. Wir sollten sie sachlich austragen und sie als Quelle von Entwicklung verstehen. So gesehen wird mir nicht Bange, denn in meinem Landesverband haben programmatische Auseinandersetzung - wie ich finde - eine gute Tradition. Birke Bull
Mitglied Programmkommission

Gute Schulen sind die besten Erziehungscamps

Zur anhaltenden Debatte über eine Verschärfung des Jugendstrafrechts erklärt der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi:

Die vor Wahlkämpfen immer wieder auftauchenden Vorschläge der CDU-Politiker zur Verschärfung des Jugendstrafrechts lenken nur davon ab, dass eine gute Schule und gute Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der beste Weg sind, Jugendkriminalität zurückzuführen. Es ist sinnvoller, mehr Lehrer einzustellen, als in den Strafvollzug zu investieren. Gute Schulen sind die besten Erziehungscamps. Die Regierung Koch in Hessen hat durch eine verfehlte Schulpolitik, die zu kürzeren Schulzeiten und überfrachteten Lehrplänen geführt hat, und durch zu geringe Anstrengungen bei der Integration ausländischer Jugendlicher, das Gefährdungs- und Aggressionspotential der Jugendlichen erhöht. Im übrigen steht der vergleichsweise liberale Jugendstrafvollzug in Hessen im Gegensatz zum Wahlkampfgetöse des hessischen Ministerpräsidenten, der auch unglaublich ist, weil er bei Richtern und Staatsanwälten Stellen abgebaut hat und in der einzigen Jugendarrestanstalt des Landes Stellen unbesetzt lässt.

Zur Forderung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und weiterer Unionspolitiker nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts bis hin zur Einführung von so genannten Boot-Camps erklärt die innenpolitische

Sprecherin der Fraktion Ulla Jelpke:

Die langjährige kriminologische Erfahrung beweist: Wegsperrn ist kontraproduktiv. Laut dem Leiter des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Professor Christian Pfeiffer war die Rückfallquote von Insassen so genannter Boot-Camps in den USA sogar höher als bei Straftätern, die zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden. Entgegen der von CDU/CSU betriebenen Stimmungsmache ist die Jugendkriminalität in den letzten zehn Jahren zurückgegangen.

Kapitaldelikte wie Mord und Totschlag nahmen um 30 Prozent, Raub um 20 Prozent ab. Einen leichten Anstieg gab es bei Körperverletzungen, auch von Tätern türkischer Herkunft. Entscheidend ist jedoch, dass überall dort, wo auch Jugendliche mit Migrationshintergrund schulisch gut integriert sind, die Kriminalität deutlich gesunken ist. Bei schlechten schulischen und beruflichen Chancen für solche Jugendliche drohen diese dagegen in Gewaltkriminalität abzurutschen. CDU/CSU hängen immer noch dem Irrglauben an, soziale Probleme ließen sich mit Mitteln des Strafrechts lösen. Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

Es ist zu hoffen, dass Roland Koch Schiffbruch mit seinem Versuch erleidet, erneut mit der rassistischen Karte und markigen Law-and-Order-Sprüchen eine Landtagswahl zu gewinnen.

Nicht vergessen

Afghanistan braucht Unterstützung

Gegen die Stimmen der LINKEN hat der Bundestag im Herbst 2007 die Verlängerung der Mandate für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan beschlossen.

Die BRD hat im Jahre 2007 für den militärischen Einsatz in Afghanistan nach Pressemeldungen 530 Mill. Euro, für den zivilen Aufbau ca 100 Mill. Euro ausgegeben.

Die LINKE. fordert einen Strategiewechsel: Afghanistan braucht Hilfe und keine Besetzung.

Forderung nach gerechter Rente in Ost und West

Immer noch ist bei der Berechnung der Altersrenten im Osten ein niedrigerer aktueller Punktwert als im Westen geltendes Recht. Ost-Rentner haben dadurch einen geringeren Auszahlungsbetrag als West-Rentner mit vergleichbarer Arbeitsbiografie. Die angekündigte minimale Rentenerhöhung für 2008 ändert daran nichts. Die LINKE. im Bundestag fordert einen Stufenplan mit überschaubaren Zeiten zur Angleichung der Ostrenten an das Westniveau.

Leseangebot in der Blumenstraße

(fb) Viele von uns können oder wollen sich selbst bei Interesse nur wenig Abonnements von Zeitschriften und Periodika leisten. Deshalb hier der Hinweis, welche Periodika in den Büros in der Blumenstraße gelesen und teilweise ausgeliehen werden können.

Die Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind erhältlich im Büro der Stiftung (Erdgeschoß hinten), Sprechzeiten dienstags von 10-15 Uhr. Im Wahlkreisbüro Hendrik Lange steht das Periodikum der Luxemburg-Stiftung „Utopie kreativ“ zur Verfügung. Im Wahlkreisbüro von Petra Sitte (1. Etage) stehen die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ bereit. Beide Büros sind, ebenso wie das Büro des Stadtvorstandes, auch bei Internet-Recherchen behilflich. Im letztgenannten Büro können übrigens auch das „Neue Deutschland“ und die „MZ“ eingesehen werden.

„Zug der Erinnerung“

Seit dem 08. November 2007 lassen Bürgerinitiativen eine historische Dampflok mit dem „Zug der Erinnerung“ durch Deutschland fahren, damit das Gedenken an die deportierten Kinder konkret und praktisch werden kann. Der „Zug der Erinnerung“ hält an Bahnhöfen, durch die man die Kinder auf ihre letzte Reise schickte. Ausstellungswagen informieren über das damalige Geschehen und regen an, sich mit den Hintergründen auseinander zu setzen. Der „Zug der Erinnerung“ wird am 16. Januar 2008 um 10:00 Uhr die Stadt Halle (Saale), als einzige Station in Sachsen-Anhalt anfahren. Am 16., 18. und 19. Januar kann die Ausstellung jeweils von 10:00 Uhr bis 19:00 Uhr besichtigt werden. Geplanter Standort des Zuges in Halle ist Gleis 1a.

Mehr Informationen: <http://www.zug-der-erinnerung.eu/>



Auch in diesem Jahr gedachten wieder mehrere 10.000 Menschen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor nunmehr 89 Jahren. Vielleicht gelingt es ja zum 90. Jahrestag soviel Menschen aus unserer Region zum Gedenken zu mobilisieren, dass es lohnt, einen Bus zu stellen.

Im Westen was Neues Die LINKE. tritt zu den Landtagswahlen an.

Sonntag, 27. Januar in Hessen und Niedersachsen, Sonntag, 24. Februar in Hamburg. Nach aktuellen Umfragen liegt Die LINKE. in Hessen bei 6% und in Niedersachsen bei 4%. Wird die Partei die 5% Hürde überspringen? Glück auf!

Im Westen nichts neues Immer noch lagern Atom- bomben in Deutschland!

In der Eifel lagern in US-Basen immer noch etwa 20 einsatzfähige Atombomben, geeignet für den Einsatz mit Tornados.

Wir fordern:

Ganz Deutschland soll atomwaffenfrei sein!

Umzug der Geschäftsstelle

Enger zusammengedrückt ist DIE LINKE. Halle in ihrer Geschäftsstelle Blumenstraße 16. Seit 05. Januar haben wir das ehemalige Büro der WASG bezogen. Das bisherige Büro wird ab 01. Februar vom Landtagsabgeordneten Hendrik Lange als Wahlkreisbüro genutzt. Auch künftig ist die Geschäftsstelle Dienstags von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr und Mittwochs von 14:30 Uhr bis 19:00 Uhr besetzt. Der Versammlungsraum mit Bibliothek steht den Basisgruppen und Arbeitsgemeinschaften nach wie vor alle Tage zur Verfügung, um vorherige Anmeldung wird gebeten.

Am 05. Januar haben zahlreiche Genossinnen und Genossen geholfen, den Umzug erfolgreich zu meistern.

Vielen Dank an alle Helfer.

Swen Knöchel

Mitteldeutscher Verkehrsverbund prüft verbundweites Sozialticket

Auf Anregung des Vertreters der LINKEN im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV), Uwe Heft, wurde die Geschäftsführung des MDV am 20.12.2007 beauftragt, die Modalitäten eines im gesamten Verkehrsverbund geltenden Sozialtickets zu prüfen.

DIE LINKE. begrüßt ausdrücklich dieses Vorhaben und wird dieses aktiv begleiten und unterstützen. Nach den Vorstellungen der LINKEN kann und soll ein Sozialticket im MDV eingeführt werden, um Menschen mit niedrigem Einkommen eine bedarfsgerechte Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu ermöglichen.

Die Prüfung der Einführung eines verbundweiten Sozialtickets im MDV ordnet sich in entsprechende Aktivitäten für ein Sozialticket für öffentliche Verkehrsmittel in den Städten Halle und Leipzig ein.

DIE LINKE. erwartet eine unvor-

eingenommene und objektive Bewertung der Modalitäten zur Einführung eines Sozialtickets im Verkehrsverbund, welchenicht vom Sparwillen der Kommunen oder dem betriebswirtschaftlichen Den-

ken der Verkehrsbetriebe bestimmt wird.

Ein Sozialticket ohne Belastung der Kommunen und ohne Belastung der Verkehrsunternehmen ist möglich.

Buchlesung zu Euthanasieverbrechen an Kindern

Im Rahmen des Projektes „DenkTag - Erinnerung bedeutet Zukunft“ aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) führt das Bildungszentrum Schloss Wendgraben der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. am Donnerstag (24. Januar 2008) eine Lesung mit Zeitzeugengespräch in Halle durch.

Als Referentin ist Prof. Waltraud Häupl (Wien) im Freylinghausensaal der Franckeschen Stiftungen (Franckeplatz 1, 06110 Halle) zu Gast. Frau Prof. Häupl erfuhr erst vor wenigen Jahren, dass ihre jüngere Schwester im Alter von vier Jahren Opfer der NS-Kinder-euthanasie wurde. Dieses familiäre Schicksal veranlasste Waltraud Häupl zur Forschung über die nationalsozialistischen Euthanasieverbrechen an Kindern.

In Halle stellt sie am 24.01.2008 ihr Buch „Die ermordeten Kinder vom Spiegelgrund“ vor - Beginn ist 19.30 Uhr.

Der Eintritt ist frei.

**i m
g e s p r ä c h**

DIE LINKE-

Im Aufbruch

mit Ulrich Maurer

Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion
Beauftragter für den Parteaufbau West des Bundesvorstandes

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6 Montag, den 28. Januar 2008, 18.00 Uhr

Informationen: **Abgeordnetenbüro Dr. Köck**
Ernst-Haeckel-Weg 5
06122 Halle (Saale)
Telefon 80 590 25

DIE LINKE Halle
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 20 255 90

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Gegen den Strom

Unter dem Titel „Ein heldenhaftes Leben“ erschien in der letzten Ausgabe des Linken Blattes eine Würdigung des Kommunisten Robert Siewert, der vor 120 Jahren am 30. Dezember geboren wurde.

Es handelte sich um einen Nachdruck aus der Zeitschrift „Rotfuchs“ des Jahres 2004.

Robert Siewert wird darin in einer geradlinigen Entwicklung von der ersten Begegnung mit Fritz Heckert bis zum Innenminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt dargestellt, als Gewerkschafter und KPD-Funktionär. Es werden wichtige Stationen aus dem Lebens von Robert Siewert verschwiegen, so vergibt sich der Artikel die Chance, gerade in den Widersprüchlichkeiten dieser Biographie die Entwicklungen - aber auch Fehlentwicklungen - der kommunistischen Bewegung des vergangenen Jahrhunderts nachzuzeichnen.

Umgangen wird dabei vieles, was seine politische und menschliche Größe ausmacht, sein Widerstand gegen die Konzentration der KPD auf den Hauptfeind SPD, den „linken Flügel des Faschismus“ in der Sozialfaschismusthese der Kommunistischen Internationalen.

Verschwiegen hat der Artikel zum Beispiel, dass Siewert 1924 im Zuge der Auseinandersetzungen um die ultralinke Parteiführung Fischer/Maslow aller Parteiämter enthoben und in die Zentrale nach Berlin zurückbeordert wurde und dort nur noch unbedeutende Funktionen ausüben durfte.

Siewert verortete sich innerhalb der KPD zwischen dem Flügel um August Thalheimer/Heinrich

Brandler und den sogenannten Versöhnlern Ernst Meyer/Hugo Eberlein/Gerhardt Eisler.

So blieb er auch konsequent, als nach dem IV. Weltkongress der Komintern und der sogenannten Wittdorf-Affäre die Stalinisierung der KPD einsetzte.

Er hatte sich gegen die Sozialfaschismusthese der KPD gewandt, nach welcher die Sozialdemokratie eine Variante des Faschismus sei und somit eine Einheitsfront mit der SPD für unzulässig erklärte.

Schon 1924 hatte Stalin die Sozialdemokratie als den „objektiv gemäßigten Flügel des Faschismus“ dargestellt, im Programm der Kommunistischen Internationalen aus dem Jahr 1928 heißt es dann:

„Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, eine faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppositionelle Partei aufzutreten.“

Robert Siewert hat frühzeitig diesen verhängnisvollen Kurs erkannt und sich offen dagegen gewandt. Wieder wurde er aller Ämter enthoben und am 14. Januar 1929 aus der KPD ausgeschlossen.

Robert Siewert schloss sich der Kommunistischen Partei-Opposi-

tion KPO um Brandler und Thalheimer an, wirkte zunächst im sächsischen Landtag weiter und war Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen. Von 1931 bis 1933 war er Verlagsleiter der Tageszeitung „Arbeiterpolitik“.

Nach der Machtergreifung Hitlers war er Mitglied der illegalen Reichsleitung der KPO bis zu deren Zerschlagung durch die Gestapo, nach dem nie aufgeklärten „Auffinden“ des KPD-Archivs über die „feindlichen Brüder“.

Er wurde bis 1945 im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. Robert Siewerts menschliche Größe ist untrennbar verbunden mit dem „Kind von Buchenwald“ Stefan Jerzy Zweig und dem Versuch, über 200 polnische Kinder in der „Bauschule“ im Konzentrationslager Buchenwald vor der SS zu retten. Das wäre zumindest eine Erwähnung wert gewesen, denn diese Facette seines Lebens war wohl immer unumstritten und ihr ist indirekt in dem Roman „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Nach der Haft im Konzentrationslager Buchenwald trat er im April 1945 wieder der KPD bei und wurde Polleiter in Halle, jedoch wurde er wegen seiner vormaligen KPO-Zugehörigkeit bereits im Juni 1945 wieder von dieser Funktion entbunden.

Er musste Selbstkritik üben, so unter anderem in einem Artikel der am 25.01.1950 im Neuen Deutschland veröffentlicht wurde. Wiederum seine Leistungen und sein internationales Ansehen als antifaschistischer Widerstandskämpfer bewahrten ihn vor schlimmeren

Zum Parteiaustritt von Christine Ostrowski

Zum Austritt von Christine Ostrowski erklärt die Landesvorsitzende Dr. Cornelia Ernst: „Bei allen Konflikten bedauere ich es sehr, dass Christine Ostrowski diesen Schritt gewählt hat. Christine Ostrowski gehört zu den Begründerinnen der PDS nach der Wende und hat sich in den 90er Jahren für die Entwicklung unserer Partei verdient gemacht.

Ihre Entscheidung, unsere Partei zu verlassen, macht es uns in der Dresdner Linken noch schwerer, den längst überfälligen Neuanfang zu bewältigen. Der Neuanfang braucht die Erfahrungen aller Genossinnen und Genossen in ihrer ganzen Vielfalt.

Nicht nur im Stadtrat, auch darüber hinaus haben sich grundsätzliche Meinungsunterschiede in den letzten Jahren verstärkt, auch im Selbstverständnis der Linken. Auch wenn ich die diesbezüglichen Einschätzungen von Christine Ostrowski zur Linken nicht teile, bin ich der Auffassung, dass unterschiedliche Standpunkte in einer Partei von allen Beteiligten „ertragen“ werden müssen. Weder die starre Beharrung auf dem eigenen unfehlbaren Standpunkt, noch das Bestreben, politische Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei über Verfahrensdebatten zu regeln, halfen weiter.

Die Dresdner Linke muss sich öffnen, sich selbst gegenüber wieder Augenhöhe einnehmen. Sich selbst gewinnen, um andere zu gewinnen. Befrieden. Auch diese Forderung ist keine einseitige.

Als Landesvorsitzende will ich die offene sachbezogene Auseinandersetzung innerhalb der Partei. Dazu stehe ich auch mit meiner Person zur Verfügung, nicht nur, aber besonders in Dresden.“

Der Vorsitzende des Dresdner Stadtverbandes Hans-Jürgen Muskulus erklärte hierzu: „In den zurückliegenden Jahren war eine immer deutlichere Entfremdung zwischen Christine Ostrowski und unserer Partei zu verspüren. Das in der letzter Zeit offen zu Tage getretene unterschiedliche Parteiverständnis und die verschiedenen Vorstellungen zur Entwicklung der gesamtdeutschen Linken lassen Christine Ostrowskis Schritt konsequent erscheinen.

Ich bleibe bei meiner Auffassung, dass Parteiaustritte ebenso wie Parteiausschlussverfahren kein Mittel der inhaltlichen Auseinandersetzung sein können.

Ich bedauere ausdrücklich, dass die Debatte um die inhaltliche Ausrichtung der Partei DIE LINKE auf Basis der Nichtakzeptierung von Mehrheitsbeschlüssen der Partei, wie bei der Zustimmung einer Mehrheit der Altfraktion/Linksfraktion. PDS im Dresdner Stadtrat zum WOBA-Totalverkauf, erfolgte. Das hat zu Unverständnis und Enttäuschung bei einer Vielzahl von Genossinnen und Genossen, aber auch bei unseren Wählerinnen und Wählern, geführt.

Jenseits der aktuellen Meinungsverschiedenheiten möchte ich Christine Ostrowski persönlich insbesondere für ihre Verdienste um die PDS in Dresden und darüber hinaus in den 90er Jahren danken.“

Repressalien. So wurde er auf einen Posten im Bauministerium abgeschoben.

Erst 1956 wurde er, wie unter anderem auch der Mitbegründer der KPO, Jacob Walcher, vollständig rehabilitiert.

Er war bis zu seinem Tode Mitglied des Präsidiums des Komitees antifaschistischer Widerstandskämpfer. Er starb am 2. November 1973.

Mit seinem Tod setzte die Instrumentalisierung seiner Person ein. Seine Biographie wurde stets verkürzt, ja zum Teil falsch dargestellt. Im Nachruf der SED wurde er sogar als enger Kampfgefährte Ernst Thälmanns beschrieben. Gerade aber die von Thälmann vertretene Sozialfaschismusthese und Stalinisierung der Partei hat zu Sieverts Bruch mit der KPD geführt. Dieser Umgang mit Biographien in der SED war symptomatisch in der DDR. Der Artikel in der vorangegangenen Ausgabe setzt dies leider nahtlos fort.

Achim Bittrich / Swen Knöchel

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail info@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spenderbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

10.01.2008

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 24.01.2008